

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Durch unsere Bahn
bei uns monatlich 100 Mark.
Bestellungen nehmen die Anzeiger
und für Auswärts die Postanstalten
zu. — Einmal wöchentlich.
Fernsprech-Anschluss Nr. 22.
Telegramme: Tageblatt Auergebirge.

Belegpreis für die Abnehmerposten
Belegpreis für Anzeigen aus Ausw.
umgezogen 24.00 Mark, auswärts
umgezogen 27.00 Mark, Restlosgeld
20.00 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen entsprechender Rabatt.

Nr. 248

Montag, den 23. Oktober 1922

17. Jahrgang

Um was geht es bei der sächsischen Landtagswahl?

Vom Oberbürgermeister Dr. Allg., M. d. R.

Der 5. November wird ein Entscheidungstag für das sächsische Volk von weittragender Bedeutung sein. Es ist deshalb unerlässlich, daß die einzelnen Parteien ihre Ziele von vornherein klar herausstellen, für welche sie an dem Wahltag die Entscheidung erstreben. In einem langatmigen Flugblatt wirt die Vereinigte Sozialdemokratische Partei die Frage auf: was ist das Ziel der Landtagsauflösung? und beantwortet sie in etwa an die Absichten des früheren politischen Kampfes erinnernden Weise durch Aufzählung einer Reihe von Zielen, die die angeblich „wahre Absicht“ der in Wirklichkeit nicht bestehenden „geinteten bürgerlichen Reaktion“ verkörpern sollen. Wiederherstellung der Monarchie, Aufhebung des Achtstundentages, Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung, Auslieferung der Schule und der Lehrerschaft an die pfäffische Verbummungspolitik. Diese kurze Blütenlese wird genügen, um die Ernüchterung dieses Flugblattes bei der Aufzählung der an den politischen Horizont gezauberten Gespenster zu kennzeichnen. Welch tiefes Niveau der politischen Einsicht legt die Aufzählung dieser „Ziele“ voraus, von denen, selbst wenn sie in einem hinverbrannten Kopf bestehen sollten, doch jeder schlichte Mann aus dem Volke wissen müßte, daß sie niemals in den Landtagswahlkampf, niemals in der Landespolitik und Landesgesetzgebung eines Mittelstaates, sondern höchstens in der Reichspolitik verfolgt werden könnten. Wenn die Sozialdemokratie ihr eigenes Ziel bei der bevorstehenden Wahl offen und ehrlich kennzeichnen wollte, so würde dies mit dem schlichten und einfachen Satz geschehen: Aufrechterhaltung und, wenn möglich, Stärkung der sozialistischen Wehrkraft in Sachsen, um nach wie vor in Sachsen eine ausschließliche sozialistische Regierung am Leben erhalten zu können. Demgegenüber stehen auf Seiten der Deutschen Demokratie zwei klare Ziele, die von vornherein in diesem Wahlkampf unumwunden bekannt werden sollen: Beseitigung der sozialistischen Mehrheit und damit der verfassungswidrigen Regierung, das ist das eine; seine Erreichung soll den Weg frei machen für das andere: Zusammenfassung aller demokratischen und verfassungstreuen Kräfte in Parlament und Staat zu einer verfassungsmäßigen, nicht nur von einer Klasse getragenen Regierung.

Die sozialistische Regierung Sachsens war verfassungswidrig seit der Stunde ihrer Geburt. 49 sozialistisch-kommunistischen Stimmen fanden 47 nichtsozialistische Stimmen im Landtag gegenüber. Dieses Mehrheitsverhältnis, das durch den von so vielen erlebten „Rück nach rechts“ und durch die verantwortungslose, stimmensplitternde Markheit einer sogenannten Wirtschaftlichen Vereinigung erzielt worden war, lieferte die Regierung Sachsens den vereinigten Sozialisten und Kommunisten aus und berechtigte die sozialistischen Parteien an sich durchaus, die Regierung allein zu bilden, aber zwei Voraussetzungen waren dazu nötig: erstens mußten die regierungsbildenden Parteien auf dem Boden der Verfassung stehen, und zweitens mußte diese Regierung nach Artikel 27 der Verfassung das Vertrauen der Mehrheit des Landtages haben. Beides war nicht der Fall. Die Entscheidung innerhalb der regierungsbildenden Parteien lag bei der neun Köpfe starken, überall den Ausschlag gebenden kommunistischen Fraktion. Sie bekannte sich schon in der regierungsbildenden Sitzung durch ihren Fraktionsredner zu dem „einen Ziele, die Verfassung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu stärken“. Als Bestandteil einer verfassungsmäßigen Regierungsmehrheit kamen damit die Kommunisten nicht mehr in Frage. Gleichwohl stützte sich die Regierung nach wie vor auf sie, auch dann noch, als die Kommunisten wiederholt unumwunden erklärten, daß sie zu dieser Regierung, für deren Vorlagen sie formell stimmten, kein Vertrauen hätten, und ihre Stimme für sie nur abgaben, damit sie sich möglichst lange blamiere.

In der Praxis des Staatslebens führte dieser verfassungswidrige Zustand nicht nur zu einer unwürdigen Abhängigkeit der Regierung von der kleinen Gruppe der Kommunisten, sondern vor allem auch zu weiteren verfassungswidrigen. Nebenwichtige Gesetze (Justizetat) wurden von der Mehrheit des Landtages einschließlich der Kommunisten als einer „Regierungspartei“ abgelehnt — aber die Regierung blieb. Die Demokratische Partei, der von jeher die Wahrung der Verfassung oberstes Gesetz gewesen ist, hat es an vielfachen Versuchen nicht fehlen lassen, eine Verständigung der mittleren Sinne als die einzige Möglichkeit, zu verfassungsmäßigen und geordneten Zuständen zu kommen, anzubahnen, sie hat alle parlamentarischen Mittel versucht, um ohne Volksentscheid und Landtagsauflösung eine lebensfähige, politische Arbeitgemeinschaft zu erreichen, aber jede

Verständigung wurde von sozialdemokratischer Seite abgelehnt. Auf Gnade und Ungnade blieben die Regierung und der Landtag den Kommunisten ausgeliefert. Unschön wie das Leben dieses Landtages von kommunistischer Gnade war dann sein schließlicher Tod mit Hilfe kommunistischer Ungnade.

Nun liegt am 5. November die Entscheidung beim sächsischen Volke. Bei der letzten Landtagswahl haben die nichtsozialistischen Wähler Sachsens gezeigt, daß ihnen zu einem erheblichen Teile der Gedanke des demokratischen Volksstaates noch nicht innerer Besitz ist. Sie lebten in dem Irrsinn, durch einen Abmarsch nach rechts eine Besserung der staatlichen Zustände erreichen zu können. Die Deutsche Demokratische Partei als Partei der Mitte und des Ausgleichs wurde geschwächt. Was damit erreicht worden ist, hat der nun verlossene Landtag mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt. Gelingt es bei diesem Wahlkampf nicht, die demokratischen Kräfte des Landtages so zu stärken, daß sie als mehrheitsbildender Faktor unentbehrlich werden, so kehren die bisherigen Zustände in verschärfter Form wieder.

Eine nicht aus ihrer Mehrheitsstellung verdrängte Sozialdemokratie wird niemals zu einer Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Parteien geneigt sein. „Die Arbeiter finden sich zusammen in dem Veruche, den Staatsapparat in die Hand zu nehmen, und damit eine Einheitsfront gegen das Bürgertum zu konstruieren“, diese Worte des Abgeordneten Liebmans zeigen den Klassenkampf als Selbstzweck genau so, wie die Worte des Abgeordneten Müller-Schleußig: „Der Gedanke der Verführung der Klassegenossen ist eine Utopie, auf die kein Mann, der noch Anspruch auf die Bezeichnung Politiker erhebt, verfallen sollte.“ Von einem solchen brutalen Klassenstandpunkt aus kann man natürlich kein Staatswesen lenken. Von diesem Standpunkt aber ist die Sozialdemokratie nur abzudrängen, wenn die parlamentarischen Machtverhältnisse ihr eine starke Deutsche Demokratie an die Seite stellen; nur mit ihrer Hilfe ist eine verfassungsmäßige, demokratische, das Gesamtwohl des Volkes ins Auge fassende Handhabung des parlamentarischen Staatswesens möglich. Worin die Gefahren der Aufrechterhaltung einer einseitigen sozialistischen Regierung im einzelnen liegen, soll in einer weiteren Darstellung gesagt werden. Grundsätzlich geht das Ziel der Deutschen Demokratie auf eine Zusammenfassung aller auf dem Boden der Verfassung stehenden, zum Aufbau und Ausbau des Staates bereiten Kräfte. Es widerspricht der sozialen und politischen Struktur, dem Wohle unseres Volkes und dem Wesen und Ziele der Deutschen Demokratischen Partei als einer wahren Volkspartei, die soziale Herkunft dadurch zu vertiefen, daß man die sozialistischen Strömungen von der Teilnahme an der Regierungsverantwortung ausschließt. Aber es widerspricht ebenso selbstverständlich wahrhaft demokratischen Grundsätzen, daß man sich mit einer innerlich und formal dem Geist und dem Wortlaut der Verfassung widersprechenden einseitigen sozialistischen Regierung abfindet. Für Klassenpaß ist in einem demokratischen Staat ebensowenig Raum wie für Klassenherrschaft, gleichviel ob sie von rechts oder links versucht wird.

Der französische Reparationsplan

Die französische Denkschrift ist der Reparationskommission überreicht worden, nachdem Poincaré und Barthou sich über den endgültigen Wortlaut geeinigt hatten. Die Mitglieder der Kommission sind gleich nach der Verlesung der Denkschrift in offiziellen Meinungsaustausch über die französischen Anregungen eingetreten. Die Erörterung wird in offizieller Sitzung fortgesetzt werden.

Der Inhalt der Denkschrift

Die französische Denkschrift weist auf den Gegensatz zwischen dem „Finanzungslad“ des Reiches und den Gewinnen der deutschen Industrie hin und führt dann aus:

Der Augenblick ist nahe, in dem die deutsche Regierung — falls nicht energische Heilmittel gefunden und angewendet werden — ihren Bankrott vor der Welt erklären wird, obwohl das wirkliche Kapital Deutschlands unverändert blieb. Die französische Abordnung muß erklären, daß die französische Regierung diese gefährliche Stunde nicht abwarten, um die verschiedenen Seiten des Problems zu betrachten und um eine Lösung vorzuschlagen. Im August gab sie in London ihre Anschauungen und ihr Projekt bekannt. Sie ist bereit, die Prüfung dieser Frage auf einer internationalen Konferenz wieder aufzunehmen. Frankreich hofft für eine Lösung des Reparationsproblems viel von Abmachungen, zu denen diese Konferenz führen kann. Es erwartet eine allgemeine Beruhigung, von der Deutschland nicht als letzter Nutzen ziehen kann. Aber Frankreich kann nicht zugeben, daß Deutschland während einer weichen oder weichen langen Periode von der Last der Reparationslasten

lungen befreit wird, und daß Frankreich selbst diese Last für den Wiederaufbau auf sich nimmt. Frankreich kann nicht zugeben, daß Deutschland auch nur zeitweilig zahlungsunfähig wird. Denn Deutschland bewahrte trotz seiner gegenwärtigen Finanzunordnung und seiner budgetären Schwierigkeit seine mächtigsten Produktionsmittel und seine Lebensfähigkeit.

Die Erfahrungen mit Zahlungsausschüssen für die Reparationskommission waren negativ. Sie beweisen nur, daß man auf den guten Willen Deutschlands nicht zählen könne, um zu einer Gesundung der deutschen Finanzen zu gelangen. Man braucht andere Abfungen und Maßnahmen.

Vor allem ist es notwendig, daß deutsche Budget ins Gleichgewicht zu bringen, dadurch, daß die Noteninflation völlig verboten wird; andererseits muß die Markt stabilisiert werden. Die französische Abordnung fordert eine strenge Kontrolle über das deutsche Budget, ebenso über die Budgets der deutschen Einzelstaaten. Diese Kontrolle darf sich nicht nur auf ein einfaches Einblicksrecht in das deutsche Budget beschränken, sondern es muß eine wirksame Aktion ausgeübt werden. Eine nicht vollkommene Kontrolle bliebe unwirksam; sie erschlone nur als eine vegetarische Maßnahme.

Die Kontrolle muß aber dazu führen können, alle Ausgaben Deutschlands zu unterdrücken, einzuschränken oder zu vertagen und andererseits der deutschen Regierung die Vermehrung ihrer Einnahmen vorzuschreiben.

Folgende Kontrollmaßnahmen

werden vorgeschlagen:

1. Der Garantiauschuß kann von der deutschen Regierung gewisse Maßnahmen fordern oder sie ihr verbieten.
2. Der Ausschuß wird nach Berlin verlegt. Es sind sofort Vorkehrungen zu treffen, daß seine Tätigkeit wirksam wird.
3. Die Maßnahmen für die Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben und zur Unterdrückung der Kapitalflucht werden unverzüglich angewandt.
4. Der Kontrollorganismus wird die Pflicht und das Recht haben, dauernd alle Einzelheiten der Finanzverwaltung des Reiches und der Einzelstaaten zu kennen. Er wird alle Mittel zur Nachforschung anwenden, um das Mindestmaß der zu erzielenden Einnahmen und die Höchstbeträge der erlaubten Ausgaben festlegen zu können. Er wird das Recht haben, unangebrachte Ausgaben zu verbieten. Wenn die deutsche Regierung sich nicht den Weisungen der Kontrollorgane fügen sollte, wird dieser Verstoß sofort den Mächten gemeldet werden.
5. Die Anleihen des Reiches und der Länder müssen von dem Kontrollorganismus gebilligt und direkt beim Publikum untergebracht werden. Die Unterbringung der Schatzanweisungen bei der Reichsbank wird streng verboten.

Die französische Delegation schlägt ferner vor:

- a) Sofort die öffentliche Finanzverwaltung Deutschlands unter vorstehenden Bedingungen unter die Kontrolle der Gläubiger Deutschlands zu stellen.
- b) Alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen und das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, wobei man progressiv in die Ausgaben den Teil der Reparationen einfügt, deren Zahlung nicht durch andere Mittel oder Anleihen, wie Amortisierung des Kapitals ausgebracht werden kann.
- c) Dem Schatzamt zu verbieten, Schatzwechsel irgendwelcher Art bei der Reichsbank zu diskontieren, sowie jede Ausgabe von Schuldverschreibungen auf kürzere oder längere Dauer der interalliierten Kontrolle zu unterstellen.
- d) Die Reichsbank unter interalliierte Kontrolle zu stellen, die damit beauftragt ist, alle von den Alliierten geforderten Maßnahmen, die ihr Eingreifen erfordern, zu überwachen.
- e) Die für geeignet erachteten Verfügungen zur Vermeidung der Kapitalflucht und Anziehung ausländischer Devisen im Innern durch interalliierte Kontrolle zu verschärfen.
- f) Es soll sofort mit der Ausgabe von Goldschatzanweisungen begonnen werden, deren Unterbringung durch fiskalische Vorteile erleichtert werden könnte. Das Ergebnis dieser Schatzwechselausgabe würde, soweit dies nötig ist, zur Verstärkung des Metallbestandes der Reichsbank dienen, um den Erfolg der Währungsreform zu sichern. Der Rest würde dazu dienen, den Teil der Reparationen, die nicht im Haushalt aufgeführt sind, zu zahlen.
- g) Die deutsche Regierung soll auch weiter in Gold oder ausländischen Devisen Beträge von mindestens 25 Prozent des Wertes der Ausgabe erlegen. Das Ergebnis dieser Summe und das Ergebnis der Zölle bei der Ein- und Ausfuhr soll auf ein besonderes Konto überwiesen

würfe
zchnitte
alvanos

bläuche
genossen, Du
Witze in allen
Blg., Bettinerstr. 20

am 23. Oktbr.
herer

22. Oktober
theke.

Augen
los durch
Labwohl
sohle besitzt
n-Scheiben
leben am Strumpf
Apotheken.
Sommer, Am.

auenhaar
— 800 M.
it und Haar-
str. 48.

re

Bellmer

r.

Mann,
der mit Fleiß
nen Arbeiten
a von Werben
Beschäftigung

im 1. Stad.

Mann,
Rechner, der auch
emwandert ist, für
Eintritt gesucht,
de Aue.

rlinge

tern 1923 bei 40-
ren tariflicher Ent-
nung ein
an Weiser,
abrit, Aue.

eigenständige
pperinnen
mensliche
heit Schuppe,
liche-Babell,
ilnerstraße 56,
unabhängige

rau
ädchen
rtung gesucht,
en in der Ge-
Auer Tagebl.

e Heute
ahren woll., erh.
nung und Nat.
Somburg 25,
112, G. 120

werden, das bei der Reichsbank im Namen des Garantie-

Englische Pressstimmen zur französischen Denkschrift.

Der Pariser Sonderberichterstatter des Daily Chroni-

Der Pariser Sonderberichterstatter des Daily Herald

Die Mordanschläge gegen den Kanzler.

Die Mittelungen über die jüngsten Attentatspläne gegen

Das es sich um sehr ernst zu nehmende Pläne gegen das

Reichstag.

Nach den Aufregungen der Freitagssitzung herrschte am

Kleine politische Meldungen.

Wer wird Außenminister? Der Kampf um die Besetzung

Wirtschaftspressen in Tschechien. In verschiedenen Bezirken

Von Stadt und Land.

Regierungsrat Günther verurteilt. Regierungsrat Dr. Günther

Wichtiges auf Gas- und Stromrechnungen. Eine merkwürdige

Fortdauer der frühen Witterung. Auch während der vergangenen

Die Verhandlungen zwischen Werzten und Frankensassen

Im bevorstehenden Wahlkampf wagt sich das Neue Tagesblatt

Baronesse Claire.

Originalroman von M. Herzberg. Amerikan. Copyright 1920 by L.H. Bur. M. Lincke, Dresden 21.

„So spaziere hin und sieh sie dir an!“ befahl er. Claire empfing das junge Mädchen mit ermunterndem

verlorenen, sehnuchstrunkenen Entzücken, daß sich ihr Herz

fähigkeit, seine Niedertracht in Tönen verriet, noch fest

...der 1922. ...rat Dr. ...Schwarzenberg ...Verordnung ...

...Wahlaufrufe der Parteien werden nur im Angelegenheits...
...10 000 Mark für ein Zwangsmarkstück, 5000 Mark für ein...

...eine Briefmarke zu 100 Mark hat die Reichsdruckerei jetzt...
...sie zeigt das große, breite Zahlenmuster wie die...

...ein Schwindler ist sowohl hier, als auch in Böhmen...
...und Schneberg aufgetreten. Er kauft Kleinigkeiten, stellt dann...

...ein Eindringler auf frischer Tat erwischt. In der Nacht...
...vom Sonnabend zum Sonntag bemerkte der Wirt einer hiesigen...

Vom Landtagswahlkampf.

Die Deutsche demokratische Partei hielt gestern eine öffent...
...liche Wahlerversammlung im Bürgergarten. Der...

...Diebstahl. In der vergangenen Woche und auch schon vorher...
...sind dem Fleischermeister der aus seinem verlockenden...

...Johannesorgelbau. Die Fester der 50jährigen...
...des Hofmann der Firma Julius Beyreuther, Dampf...

...Ausbruch. Die Frau eines Blinden...
...des. Unterdessen machte ein Blinder, von seinem Hund...

...sah ihm die Pfoten auf die Brust und schob ihn, so er nur...
...wollte oder nicht, bis zum Straßenrand der Straße.

...eine neue Einverleibung. Birna hat...
...„Lamburger“. Nachdem erst am 1. Oktober die Eingemein...

Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg

Die Tagesordnung umfaßte 39 Punkte. Vorsitzender Herr...
...Amtshauptmann Dr. v. Schwarz. Der Sitzung ging eine Bes...

Gerichtssaal.

...Schöffengericht Zwida. ...Der 24 Jahre alte Buchhalter...
...Karl Walther Bauer in Böhmen, der zuerst eine ihm vom...

Kein Streikrecht der Beamten.

Die Entscheidung des Reichsgerichts. Eine Riesenverhandlung, die vierzehn gleichliegende...
...Fälle betraf, und in der es sich um die vielumstrittene...

...schüpfes. „Nur noch eine Zugabe, eine einzige, kleine...
...anständiges Fräulein!“ Das er jetzt, zu ihr eiland, mit...

...gesprächig zu sein und helter zu erscheinen. Mit nerv...
...ösen unheimlich glänzenden Augen beobachtete sie...

...Erstlings hatte sich, seit sein Schwager zu Claire...
...getreten war, eine lebhaftere Unruhe bemächtigt. Wieder...

...1922
Weiß- und Rotweinflaschen
...zahlte Mark 15.—
für Zeitungen, Zeitschriften und Bücher
...Mark 20.—
für Pumpen Mark 12.— pro Pico.
für neue Wäsche-Abstriche und Metall-Abfälle
...zahlte hohe Preise.
Diamant's Hochproduktions-Handlung
Bahnhofstraße 2
...Ecke Markt.

Folgerung zu ziehen, daß nach Aufhebung der Verordnung auch gerichtliche Bestrafungen auf Grund derselben unzulässig sein sollten. Es wurde Bezug genommen auf § 2, 2 des Strafgesetzes, der bestimmt: Bei Verschleppung der Befehle ist das mildeste Gesetz anzuwenden. In dieser Hinsicht hat nun aber die Rechtsprechung des Reichsgerichts eine wesentliche Unterscheidung getroffen zwischen Befehlen, die auf Grund veränderter Rechtsanschauungen erlassen sind, und sogenannten Zeitgesetzen. Danach findet auf die letzteren der § 2, 2 des Str.-G.-B. keine Anwendung. Zeitgesetze sind solche, die zur Erreichung eines bestimmten Zweckes erlassen sind, z. B. wie im vorliegenden Falle zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit im Eisenbahnverkehr.

Der Rechtsanwalt erklärte in der Verhandlung: Ein Streikrecht der Beamten kann es nicht geben. Dies folgt schon aus dem Verhältnis der Beamten zum Staat und aus den Disziplinarregeln. Den Industriearbeitern kann der Beamte nicht gleichgestellt werden. Er ist fest, meist auf Lebenszeit, angestellt und hat Anspruch auf Ruhegehalt. Wenn im November 1918 die Volksbeauftragten den Beamten das Koalitionsrecht verliehen, so meinten sie damit offenbar nur das freie Vereinigungs- und Versammlungsrecht, nicht aber auch das Recht zur Niederlegung und Verweigerung der Arbeit. Daß die Regierung gelegentlich des Rapp-Butsches selbst die Beamten zum Streik aufgefordert hat, kommt für die hier zu entscheidende Frage nicht in Betracht, denn einem Usurpator gegenüber hat kein Beamter die Pflicht, zu arbeiten.

Das Reichsgericht verwarf dem Antrage des Rechtsanwalts gemäß sämtliche Revisionen, die sich gegen die Beurteilung auf Grund der fraglichen Verordnung richteten.

Letzte Drahtnachrichten.

Neue Beratungen zur Bekämpfung der Teuerung.

Berlin, 23. Oktober. Der Reichskanzler hat die Führer der Parteien für heute nachmittag zu sich gebeten, um mit ihnen den Zusammenbruch der deutschen Währung und die damit zusammenhängende ungeheure Teuerung zu beraten. Die Fraktionen werden vorher im Reichstag Besprechungen abhalten. Die Regierung plant der Morgenpost zufolge, die Devisenverordnung zu erweitern und zu verschärfen, man spricht sogar von einer grundsätzlichen Neuordnung des Devisenverkehrs, nötigenfalls würde bis zur Erfassung und Beschlagnahme der Devisen gegangen werden.

Neue Verhaftungen zur Aufdeckung des Nordkomplexes.

Berlin, 23. Oktober. Oberreichsanwalt Ebermayer, der am Sonnabend und Sonntag in Berlin weilte, hat die in der Angelegenheit der Attentatspläne gegen den Reichskanzler verhafteten Personen selbst vernommen, ebenso eine Anzahl Zeugen. Als Ergebnis der bisherigen Ermittlungen soll die Verhaftung mehrerer kompromittierter Personen vorgenommen werden.

Auf belebter Straße beraubt.

Berlin, 23. Oktober. Wie die neue Berliner Zeitung

mittelt, wurde in der vergangenen Nacht am Ausflusendam ein Straßenpassant von unbekanntem Alter überfallen, beraubt und seiner gesamten Burschenschaft im Werte von über einhalb Million beraubt. Außerdem sind ihm wichtige Papiere gestohlen worden. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei waren bisher erfolglos.

Wiederblitzschlag.

Berlin, 23. Oktober. Einem amerikanischen Antiquitäten- und Bilderhändler, der kostbare Bilder, Antiquitäten und Schmuckgegenstände in Deutschland aufgekauft hatte, wurden gestern aus seinem Hotelzimmer, das er kurze Zeit verlassen hatte, 12 der wertvollsten Bilder, meist Werke alter Meister aus dem 16. und 17. Jahrhundert, gestohlen. Die Bilder waren zum Teil aus dem Rahmen herausgeschnitten, zum Teil befanden sie sich noch darin. Der Wert der gestohlenen Sachen beträgt etwa 80 Millionen Mark.

Dampferzusammenstoß.

Hamburg, 23. Oktober. Wie die Blätter berichten, stießen im Kaiser-Wilhelm-Kanal der dänische Dampfer Knud 2 und der deutsche Dampfer Fritz Schindler zusammen. Kurz darauf stieß der deutsche Dampfer Tornea 11 auf den am Bug des Knud 2 hängenden Fritz Schindler auf, der sinkend in die nordische Böschung geschleppt wurde, wo er weglagerte. Die Kanalschiffahrt ist nicht behindert.

Aus dem Zuchthaus ausgebrochen.

Hamburg, 23. August. Aus dem hiesigen Zuchthaus brachen gestern nachmittag 8 Schwerverbrecher aus. 4 entkamen, die andern, von denen einer durch einen Schuß leicht verletzt wurde, konnten wieder festgenommen werden. Es war den Gefangenen gelungen, die Werkstube zu verlassen und sich in den Besitz von Dienstmanteln, Dienstmägen und Revolvern aus dem Polizeidienstzimmer zu legen. Sie überkumpelten den Polizeiposten und erreichten über die Gefängnismauer das Freie. Auf ihre Wiederergriffung ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Zwischenfall zur rumänischen Krönungsfeier.

Wien, 23. Oktober. Wie die Blätter aus Klausenburg melden, stießen zwei hintereinander fahrende Züge mit Teilnehmern an der rumänischen Krönungsfeier zusammen. Nach den bisherigen Feststellungen sind 30 Personen getötet und etwa 60 schwer verletzt. 4 Wagen des ersten Zuges, auf den der zweite Zug gefahren war, wurden vollständig zertrümmert. Unter den Toten befindet sich auch ein Schwefel des rumänischen Handelsministers. Der Verkehr auf der Strecke Bukarest-Konstanza ist unterbrochen.

Das amerikanische Rote Kreuz in Griechenland.

Paris, 23. Oktober. Die Chicago Tribune haben die Leiter des Auslandsdienstes des amerikanischen Roten Kreuzes Dr. Gose-Hill und Konteradmiral Mac Sowan, die sich zur Zeit in Paris aufhalten, gestern aus Washington die Mitteilung erhalten, daß die Vereinigten Staaten sofort für Unterhalt und Wohnung der 800 000 griechischen Flüchtlinge aus Kleinasien und Thrakien Sorge tragen werden. Die beiden genannten werden heute nach Athen abreisen.

Der Dollar notierte heute vormittag in Berlin vorbörslich mit 4300.

Musiknachrichten.

St. Nikolai.

Montag abends 10 Uhr Hofmannchor, 8 Uhr Kirchenchorprobe. Dienstag abends 8 Uhr Mariaberein. Mittwoch abends 8 Uhr Bibelstunde im Pfarrhaus. Hr. Lehmann. 1. Joh. 2, 12-17. Donnerstag abends 8 Uhr Männerabend u. Christl. Verein junger Männer. Freitag abends 10 Uhr Bibelstunden für konfirmierte Lektoren. Hr. Herzog. Sa. 9. Abends 8 Uhr Vorbereitung für Kinder Gottesdienst u. Hr. Dertel.

Ämliche Bekanntmachung.

Voranmeldungen und Vorauszahlungen für die Umsatzsteuer.

1. Die zur Abgabe von Umsatzsteuererklärungen verpflichteten Personen werden hiermit nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß sie nach § 37 Abs. 2 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 in der Fassung des Gesetzes vom 8. April 1922 innerhalb eines Monats nach Ablauf eines Kalendervierteljahres — also diesmal spätestens bis Ende Oktober 1922 — eine Vorauszahlung auf die entstandene Steuer zu leisten haben.

Ist der Steuerabschnitt das Kalendervierteljahr oder ein kürzerer Zeitabschnitt und ist die Steuer nicht innerhalb eines Monats nach Ablauf des Kalendervierteljahres, in das der Steuerabschnitt fällt, also bis Ende Oktober 1922 veranlagt und fällig geworden, so ist die Vorauszahlung in Höhe des Betrages zu leisten, der sich aus der Steuererklärung ergibt.

Ist der Steuerabschnitt länger als ein Kalendervierteljahr, so hat der Steuerpflichtige eine Vorauszahlung und Vorauszahlung und zwar letztere möglichst im bargeldlosen Ueberweisungsverfahren, sonst unter Verwendung einer der feinerzeit zugefertigten besonderen Umsatzsteuer-Vorauszahlungskarte zu bewirken. Ware Vorauszahlung unter gleichzeitiger Abgabe einer besonderen Voranmeldung an Finanzamtstelle leisten, wird nachgelassen. In den Zahlkarten oder bei Verwendung eines anderen Verfahrens in den besonderen Voranmeldungen sind die in dem abgelaufenen Kalendervierteljahre — Juli bis September — vereinnahmten Entgelte, soweit sie umsatzsteuerpflichtig sind, mit ihrem Gesamtbetrag aufzuführen, gleichzeitig ist die sich aus diesem Betrag erreckende Vorauszahlung zu leisten.

Gibt der Steuerpflichtige bei vierteljährlicher Veranlagung eine Steuererklärung oder bei jährlicher Veranlagung eine Voranmeldung innerhalb eines Monats nach Ablauf des Kalendervierteljahres nicht ab, so bemittelt die Steuerstelle die Vorauszahlung auf ein Viertel der für das vorausgegangene Kalenderjahr veranlagten Steuer. Erforderlichenfalls wird geschätzt. Wegen der sonstigen Folgen bei nicht fristgemäßer oder ungenügender Vorauszahlung wird auf die im Juli veröffentlichte Bekanntmachung verwiesen.

Aus, am 21. Oktober 1922.

Finanzämter Aue und Schwarzenberg.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Selbmann. Druck u. Verlag Auer Druck- und Verlags-Gesellschaft m. b. H., Aue.

Apollo-Lichtspiele Aue
Lichtspielhaus ersten Ranges
Bahnhofstraße 17. Fernr.: 768.

Dienstag—Donnerstag. Das Riesendoppelprogramm
„Der Mord in der Greenstreet.“
Sensations-Schauspiel in 5 Akten.
In der Hauptrolle: **Lil Dagover.**

Der Geheimvertrag von Dporto.
Detektiv-Film in 5 Akten. — Als Hauptdarsteller:
Colette Corber, Karl Mibdenhof, Adalbert v. Schlettow.

„Die preisgekrönte Spielralte.“
Filmschauspiel in 3 Akten
mit **Erika Gläbner** in der Hauptrolle.
Täglich 2 Vorstellungen. Anfang 8 und 1/2 9 Uhr.

**Perfekter Stenotypist (in),
Kontorist (in)**

mit guter Handschrift sofort gesucht.
Angebote mit Gehaltsansprüchen, Angabe
bisheriger Tätigkeit u. frühesten Eintrittstermines
erwünscht.
Bewerbungen unter „A. T. 4999“ an die
Geschäftsstelle des Blattes.

**Achtung! Achtung!
Wer bezahlt die höchsten Preise
für Lumpen, Papier, Flaschen,
Alt-Eisen und Metalle?**

Richard Spiegel, Aue,
Kuerhammerstraße 25.

3-Zimmerwohnung mit Küche
in Berlin-Neukölln gegen ähnliche
in Aue zu tauschen gesucht.
Angebote unter A. T. 4955 an das Auer Tagblatt erbeten.

redelj tsj senles
sekoklj delmhca

(Ein altes Sprichwort.)

Greif zu !!

1 Motorrad eine Handvoll
oder **1000 M-Scheine**
oder **1 Piano** ferner jedem 5000. Löser
ein 1000 Mark-Schein

können Sie bei richtiger Lösung obigen Rätsels erlangen, denn Sie erhalten nach
Einsendung derselben

gratis und ohne Verpflichtung
ein Anrecht teilzunehmen an der Verteilung der oben ausgesetzten Gewinne. Jeder
Einsender erhält einen Trostpreis. — Die geringen Versandkosten für den Trost-
preis werden vom Löser getragen. — Für gewünschte Auskunft, Schreibarbeit ist
Rückporto beizufügen. (Briefporto vom 1. Oktober ab beachten.) — Schreiben
Sie sofort an
„Globus-Versand“, H. Stamm, Braunschweig Nr. 627.

Zöpfe 6000 Mark
empf. in großer Auswahl
Stern & Gauger
Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue
Wettinerstr. 48, am Wettinplatz

zahlen wir für gebrauchte
große Mauserpistolen
Kal. 7,63 mit Holzfutteral, ohne
solches 5400 Mark, und erbitten
sofortige Nachnahmezahlung
ohne Anfrage.

**Horst
Ojdmann**
Beschreibung: 30 cm lang,
gehörig schäftig, von oben zu laden,
Stemp. Waffenfabr. Mauser,
Oberndorf a. Neckar, Wasser
1000 m. — Alle anderen Pi-
stolen, auch Mauser 9 mm
(Wasser 500 m) werden nicht
gekauft.
Waffenhandl. Anders & Bock,
Königsberg Pr. 5.

Empfehle: Käse, Butter,
Margarine,
Maisch, Molkereipulv.,
Sauterisch (Milchpulv.)

**Ein gut erhalt.
Gebrod-Anzug**
preiswert zu verkaufen.
zu erl. im Auer Tagblatt.

Emil Drechsler
Spezialhandlung für
Munition aller Art
Eibenstook i. E.
Ortenseestraße 15.
Rostschützöl, Ballistol,
la Putzmittel, Werg,
Oschmaekel, Ehrenscheiben,
Kugeltalg.

Bienenhonig
gar. rein, prima Qualität gibt
in Postkörben ab
Strohmerkel, Ebersbach, Sa.

**Pianos, Flügel,
Tafelklaviere**
kauft
A. Schrödel, Zwidau.

ADUVA
AUER DRUCK- u. VERLAGS-
GESELLSCHAFT M. B. H.

Buch-
druckerei
AUE
LERZGEB.
TELEFON 53.
Stein-
druckerei
Buch-
binderei

Damenwäsche
gibt preiswert an Wiederverkäufer ab
Albert Schlegel, Wäschefabrik,
Zwidau i. Sa., Richardstraße 38.

Städt. Sparkasse böhmig i. Erzg.
Geschäftszeit von 7 bis 12^{1/2}, und 2 bis 5 Uhr.
nur Mittwochs und Sonnabends nachm. geschlossen.
Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 3 1/2 %
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren
sowie Vermietung von Schließkammern. Teleph. Nr. 47,
Amt Aue. Stadtsparkasse u. Reichsbankgirokonto
Die Sparkasse erpediert auch brieflich.